

**Absender
Fachbereich Jugend
und Soziales**

Drucksachen-Nr.

0096/2017

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL**

zur Sitzung:

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 02.03.2017

Tagesordnungspunkt

**Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom
29.11.2016 zur Reduzierung der Höchstzahl von Flüchtlingen in Sammel-
unterkünften**

Inhalt:

Mit Datum vom 29.11.2016 stellt die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL den in der Anlage beigefügten Antrag, der in der Sitzung des Rates vom 13.12.2016 zur Beratung an den ASWDG verwiesen worden ist.

Der gedankliche Ansatz, möglichst kleine Wohneinheiten für Flüchtlinge zu bilden, da dies auch zu einer gelungenen Integration beiträgt, ist selbstverständlich richtig, kann aber leider nicht immer realisiert werden. Insbesondere dann nicht, wenn in sehr kurzer Zeit sehr viele Menschen aufgenommen und untergebracht werden müssen.

In Bergisch Gladbach gibt es diverse kleinräumige Unterkünfte, zudem sind noch immer weit über 100 Wohnungen seitens der Stadt angemietet, in denen Flüchtlinge untergebracht werden. Insbesondere bei Familien mit Kindern wird darauf geachtet, dass diese nicht lange in großen Sammelunterkünften bleiben müssen. Tatsächlich wurden in der Vergangenheit zwei kleinräumige Unterkünfte geschlossen. In der Unterkunft Schlangenhöfchen waren die Flüchtlinge in Gemeinschaftsschlafsälen untergebracht. In den neuen Unterkünften in Paffrath

und Lückerath gibt es hingegen eigene Zimmer mit einer deutlich höheren Privatsphäre, dies ist sicherlich eher eine Verbesserung. Was das Haus Pohle betrifft, wären dort erhebliche Sanierungskosten entstanden, die gemessen an der Anzahl der dort untergebrachten Menschen unverhältnismäßig gewesen wären, wobei hier auch viele der ehemaligen Bewohner inzwischen in privaten Wohnverhältnissen untergekommen sind.

Für die Flüchtlinge gibt es auch außerhalb der Unterkünfte diverse Beratungsangebote, viele Bildungsangebote auch von Seiten der Arbeitsverwaltung und ein großes Hilfs- und Unterstützungsnetzwerk von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Kräften. Somit wird auch an dieser Stelle dafür gesorgt, dass die Menschen bei ihren Integrationsbemühungen unterstützt werden.

In den großen Unterkünften, dies gilt nicht für die Unterkunft in Katterbach, bekommen die Bewohner alle eigene Räumlichkeiten, in denen die Privatsphäre gewahrt werden kann und in denen ein Rückzugsraum gegeben ist. Gleichzeitig gibt es in den Unterkünften diverse multifunktional zu nutzende Räumlichkeiten, in denen verschiedene Angebote wahrgenommen werden können, so dass viele Entfaltungsmöglichkeiten bestehen.

Die größeren Unterkünfte werden in Bergisch Gladbach derzeit alle vom DRK betrieben. Hierzu gibt es ein vereinbartes Betreiberkonzept, in welchem auch klar dargelegt ist, dass sozialarbeiterische Betreuung sowie ein Gesundheitsdienst und andere Angebote für die Bewohnerinnen und Bewohner vorhanden sind, so dass möglichen negativen Auswirkungen und Konflikten, die mit der Unterbringung in einer größeren Unterkunft einhergehen könnten, frühzeitig entgegengesteuert werden kann. Die Menschen erhalten größtmögliche Unterstützung und haben jederzeit die Möglichkeit Beratung in Anspruch zu nehmen.

Derzeit gibt es in Bergisch Gladbach drei Unterkünfte, in denen mehr als 100 Menschen untergebracht sind. Die Verwaltung plant, nach Inbetriebnahme der Unterkunft in Lückerath die Unterkunft in Katterbach zunächst zu schließen, sofern die Zuweisungssituation dies erlaubt, so dass es auch weiterhin drei Unterkünfte geben wird, die hier in Rede stehen könnten. Eine Schließung dieser Unterkünfte (die in Lückerath ist zudem noch nicht einmal eröffnet) kommt aus Sicht der Verwaltung derzeit nicht in Frage, da keine Möglichkeit besteht, hierfür kurz- und mittelfristig entsprechenden Ersatz zu schaffen. Entsprechende Flächen sind derzeit nicht vorhanden. Hinzu kommt, dass große Investitionen getätigt worden sind, um die Unterkünfte zu errichten und dann weitere Investitionen in großem Maße erforderlich wären, um einen Teilabriss und einen Neubau an anderer Stelle zu realisieren. Die hierfür erforderlichen Mittel können derzeit nicht bereitgestellt werden. Letztlich ist der Betrieb von kleineren Unterkünften im Unterhalt eher kostenintensiver, vor allem dann, wenn auch dort ähnliche Betreuungsstandards für die Menschen gelten sollen, auch diese zusätzlichen Mittel sind im Haushalt so nicht vorhanden.

Aus den vorgenannten Gründen schlägt die Verwaltung vor, den Antrag abzulehnen und schlägt dem Ausschuss folgenden Beschlussentwurf vor:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL auf Reduzierung der Höchstzahl von Flüchtlingen in Sammelunterkünften wird abgelehnt.